

Globale Gerechtigkeit ökologisch gestalten



**Johannesburg
2002**



Nachhaltigkeit Lokal Lokale Agenda 21 in Deutschland

Eine Zwischenbilanz 10 Jahre nach Rio

SERVICESTELLE
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT



Forum Umwelt
und Entwicklung

Nachhaltigkeit Lokal

***Lokale Agenda 21 in Deutschland
Eine Zwischenbilanz 10 Jahre nach Rio***

Impressum

Autoren:

Manfred Born, Klaus Kreuzer

Redaktion:

Dörte Bernhardt

Herausgeber:

Forum Umwelt & Entwicklung

Am Michaelshof 8-10

53177 Bonn

Telefon: +49-(0)228-35 97 04

Fax: +49-(0)228-92 39 93 56

E-Mail: info@forumue.de

Internet: www.forumue.de

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

InWEnt - Internationale Weiterbildung
und Entwicklung gGmbH

Tulpenfeld 6

53113 Bonn

Telefon: +49-(0)228/2434-630

Fax: +49-(0)228/2434-635

E-Mail: info@service-eine-welt.de

Internet: www.service-eine-welt.de

www.inwent.org

Verantwortlich:

Jürgen Maier

Layout:

Monika Brinkmüller

Herstellung:

Knotenpunkt GmbH, Buch

Bonn, November 2002

Diese Publikation wurde vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) gefördert. Der Inhalt gibt nicht unbedingt die Meinung des BMU wieder.

Diese Publikation ist Teil der Kampagne „Globale Gerechtigkeit ökologisch gestalten“ der deutschen Umwelt- und Entwicklungsorganisationen zum Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg 2002.

Titelfoto: Agendaprozess im Rathaus Syke 2002, Heidorn/www.econtur.de



Inhalt

1. Einleitung	4
2. Lokale Agenda 21 - Der globale Auftrag an die Kommunen der Welt	5
3. Stand der Umsetzung der Lokalen Agenda 21 – ein weltweiter Blick	6
3.1 Lokale Agenda 21 weltweit	6
3.2 Lokale Agenda 21 in Europa	6
3.3 Lokale Agenda 21 in Deutschland	7
3.4 Aktivitäten und Rahmensetzungen offizieller Stellen in Deutschland	7
3.4.1 Ausgewählte Aktivitäten der Bundesregierung	7
4. Analyse der Lokalen Agenda 21 Prozesse in Deutschland	9
5. Perspektiven und Szenarien lokaler Agenda-Prozesse	12
6. Handlungsempfehlungen zur Stabilisierung von Lokalen Agenda-Prozessen	14
7. Links zur Lokalen Agenda 21	16



1. Einleitung

Zehn Jahre nach dem Erdgipfel der Vereinten Nationen in Rio de Janeiro weisen zahlreiche Studien auf den immer noch kritischen Zustand und auf existenzgefährdende Trends in wichtigen ökologischen, ökonomischen und sozialen Bereichen unseres Planeten hin. Die Notwendigkeit zu überlegtem und zügigem Handeln ist größer denn je. Zugleich gibt es neben dem Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung und seinen Prinzipien keinen in vergleichbarer Weise erfolgversprechenden Ansatz zur Lösung der Probleme und Herausforderungen.¹ Vor dem Hintergrund des Weltgipfels über Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg im August/September 2002 stellt sich auch für deutsche Kommunen die Frage, was sie für ihre Zukunftsfähigkeit getan haben und in Zukunft tun wollen. Zehn Jahre sind vergangen, seit auf dem Weltgipfel für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro der Auftrag an die Kommunen ging, ein Handlungsprogramm, die Lokale Agenda 21, in einem Konsultationsprozess mit ihrer jeweiligen Bevölkerung zu erarbeiten. Seit dieser Zeit sind in vielen europäischen Kommunen große Anstrengungen

unternommen worden, zukunftsfähige Programme und Projekte zu initiieren und umzusetzen. Die Lokalen Agenda 21-Prozesse haben sich dabei sehr vielseitig entwickelt und entsprechend unterschiedliche Ergebnisse und Qualitäten hervorgebracht. Es ist Zeit, Bilanz zu ziehen: Was wurde seit Rio 1992 erreicht? Wie steht es aktuell um die Lokale Agenda 21? Wie können Agenda-Prozesse stabilisiert werden, wie können sie effektiver ablaufen, was müsste in Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft verändert werden?

¹ Worldwatch (2002). *Zur Lage der Welt 2002. Zukunftsfähige Gestaltung der Globalisierung. Strategien für eine nachhaltige Klimapolitik.* Worldwatch Institute Report. Frankfurt: Fischer.



2. Lokale Agenda 21 - Der globale Auftrag an die Kommunen der Welt

Von der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio und der dort von über 170 Staaten anerkannten und verabschiedeten Agenda 21 gingen 1992 folgende wichtige Botschaften an die Welt:²

- Die Benennung wichtiger Problemfelder.
- Die Erkenntnis, dass Veränderungen und Problemlösungen auf allen Ebenen vorgenommen werden müssen, d.h. auf der globalen Ebene, der nationalen und der lokalen Ebene.
- Die Erkenntnis, dass Veränderungen und Problemlösungen in allen Segmenten der Gesellschaft erreicht werden müssen, in der Wirtschaft, in privaten Haushalten, in den für die Gemeinden und Städte zuständigen Verwaltungen, bei Institutionen und Verbänden.
- Die Empfehlung Konsultationsprozesse zwischen staatlichen und kommunalen Organisationen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen und Nichtregierungsorganisationen und Akteuren der Wirtschaft zu beginnen und Handlungskonzepte zu entwickeln.

Mit der Aufstellung einer Lokalen Agenda 21 wurde den Kommunen der Welt empfohlen, bei der Suche nach Auswegen aus der globalen ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Krise eine **aktive Rolle** einzunehmen und die Prinzipien der Nachhaltigen Entwicklung auf die kommunalen Ebene zu übertragen. Im Kapitel 28 der Agenda 21 wird den Kommunen als Politik- und Verwaltungsebene eine entscheidende Rolle bei der Informierung und Mobilisierung der Öffentlichkeit und ihrer Sensibilisierung für eine nachhaltige umweltverträgliche Entwicklung zugewiesen (siehe Kasten).

² BMU - Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (1993): Agenda 21. Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro. Dokumente. Umweltpolitik - Eine Information des Bundesumweltministeriums. Bonn.

Exkurs: Kapitel 28 der Agenda 21

28.3 Jede Kommunalverwaltung soll in einen Dialog mit ihren Bürgern, örtlichen Organisationen und der Privatwirtschaft eintreten und eine „kommunale Agenda 21“ beschließen. Durch Konsultation und Herstellung eines Konsenses würden die Kommunen von ihren Bürgern und von örtlichen Organisationen, von Bürger-, Gemeinde-, Wirtschafts- und Gewerbeorganisationen lernen und für die Formulierung der am besten geeigneten Strategien die erforderlichen Informationen erlangen. Durch den Konsultationsprozess würde das Bewusstsein der einzelnen Haushalte für Fragen der nachhaltigen Entwicklung geschärft. Außerdem würden kommunalpolitische Programme, Leitlinien, Gesetze und sonstige Vorschriften zur Verwirklichung der Ziele der Agenda 21 auf der Grundlage der verabschiedeten kommunalen Programme bewertet und modifiziert. Strategien könnten auch dazu herangezogen werden, Vorschläge für die Finanzierung auf lokaler, nationaler, regionaler und internationaler Ebene zu begründen.

aus BMU (1993)



Foto: visipix/Keller



Foto: Linde AG

3. Stand der Umsetzung der Lokalen Agenda 21 – ein weltweiter Blick

Die Frage nach dem Stand der weltweiten Umsetzung der Lokalen Agenda 21 ist ein schwieriges Unterfangen. Es liegen bisher nur wenige empirische Studien vor. Viele Umfragen beziehen sich auf die Erfassung politischer Beschlüsse und die anfängliche Initiierung des Agenda-Konsultationsprozesses, weniger auf die konkreten Handlungsprogramme und Umsetzungsstrategien und -ergebnisse. In Deutschland wurde erstmals im Jahre 1996 vom Deutschen Institut für Urbanistik in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag eine Umfrage bei den Mitgliedstädten des Deutschen Städtetags durchgeführt. Sie wurde 1997 und 1999 wiederholt^{3, 4}. Einen quantitativen Vergleich bieten weiterhin die Statistiken von Agenda-Transferstellen der Bundesländer⁵ oder eine aktuelle weltweite Studie von ICLEI zum Johannesburg-Gipfel (ICLEI 2001)⁶.

3.1 Lokale Agenda 21 weltweit

Im Auftrag der Kommission für Nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (CSD) hat ICLEI (International Council for Local Environmental Initiatives) im Vorfeld des Weltgipfels in Johannesburg eine weltweite Umfrage über die Situation der Lokalen Agenda 21 durchgeführt^{xxx}. Die aktuelle Studie aus dem Jahre 2001 zeigt, dass in 113 Ländern 6.416 Kommunen einen formalen Beschluss zur Aufstellung einer Lokalen Agenda 21 gefasst haben. Im Jahre 1997 waren es erst 1.800 Initiativen in 64 Ländern. Die Anzahl der Lokalen Agenda 21-Prozesse hat somit in den letzten 5 Jahren, weltweit gesehen, zuge-

nommen, wobei die Anzahl dabei in den Industrienationen um das Dreifache angestiegen ist. In Europa haben insbesondere nationale Kampagnen zu einer eindeutigen Erhöhung der Agenda-Aktivitäten geführt. Als eines der Hauptthemen wird in vielen Kommunen das Thema Wasser aufgeführt. Fortschritte und Verbesserungen sind bei der Abfallreduktion, in der Wasserversorgung und –qualität und der Energieeinsparung erzielt worden. In 59% der Fälle ist die Lokale Agenda 21 in der Verwaltung angesiedelt, in 73% der Kommunen werden gesellschaftliche Gruppen in den Agenda-Prozess eingebunden. Als Hauptprobleme werden die mangelnde finanzielle und politische Unterstützung angeführt. Während in den Industrienationen die Lokale Agenda 21 mit Umweltschutzfragen verknüpft wird (46%), liegt der primäre Fokus in den Entwicklungsländern bei der wirtschaftlichen Entwicklung. Wesentliche Defizite sind in den Entwicklungsländern mangelnde Erfahrung und Informationen zur und über die konkrete Arbeit an einer Lokalen Agenda 21.

3.2 Lokale Agenda 21 in Europa

Auf der europäischen Ebene spielt die „Europäische Kampagne zukunftsbeständiger Städte und Gemeinden“, die ihren Ausgang auf der ersten Konferenz zukunftsbeständiger Städte und Gemeinden 1994 in Aalborg nahm, eine bedeutende Rolle. Die „Charta von Aalborg“ haben im Februar 2002 inzwischen ca. 1.400 Kommunen unterzeichnet. Damit verpflichten diese sich, Lokale Agenda 21-Prozesse nach bestimmten Grundsätzen zu initiieren und durchzuführen. Die Charta von Aalborg betonte die Notwendigkeit kommunaler Selbstverwaltung und sah die Einbeziehung der Bürger/-innen als wichtiges Element eines Agenda-Prozesses vor. Die Umsetzung der Lokalen Agenda 21 gestaltet sich in den europäischen Ländern, je nach den jeweiligen strukturellen und politischen Grundvoraussetzungen, recht unterschiedlich⁷. Einige Länder können mit einer fast 100-%igen Umsetzung der Lokalen Agenda 21 (z.B. Schweden, Niederlande, Großbritannien u.a.) aufwarten.⁸ In Großbritannien haben die Öffentlichkeitsbeteiligungen zu einem Wiedererstarken der kommunalen Entscheidungsebene geführt. In Spanien und Portugal kommt der Lokalen Agenda 21 der Verdienst zu, die Verwaltung für partizipative Verfahren geöffnet zu haben. Interessant ist der in den Niederlanden praktizierte Ansatz, auf der Basis eines nationalen Umweltplans Ziele auf kommunaler Ebene umzusetzen. Der in Großbritannien eingeschlagene Weg, den Agenda-Prozess über das Thema Lebensqualität zu forcieren, kann auch für andere Länder Anstöße geben.



Foto: gfz

Während in den Industrienationen die Lokale Agenda 21 mit Umweltschutzfragen verknüpft wird, liegt der primäre Fokus in den Entwicklungsländern bei der wirtschaftlichen Entwicklung.



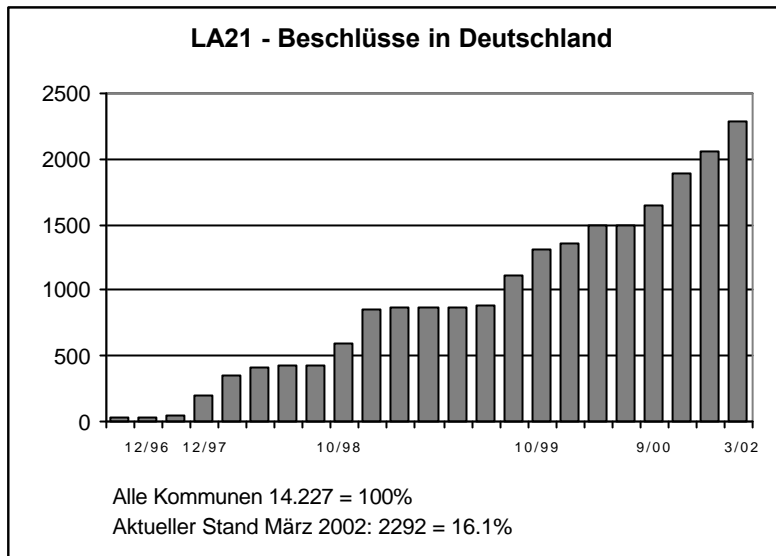
3.3 Lokale Agenda 21 in Deutschland

In den ersten drei Jahren nach der Rio-Konferenz spielte die Lokale Agenda 21 in Deutschland keine große Rolle. Den Anfang machte im Oktober 1994 der Berliner Bezirk Köpenick. Bis Ende 1996, als gemäß Kapitel 28 der Agenda 21 alle Kommunen ihren ersten Konsultationsprozess zur Aufstellung einer Lokalen Agenda 21 abgeschlossen haben sollten, hatten weniger als 2% der ca. 14.000 deutschen Kommunen entsprechende Schritte eingeleitet⁹. Einen Impuls für die Entwicklung in Deutschland lieferte im Jahre 1995 der Leitfaden "Städte für eine umweltgerechte Entwicklung"¹⁰. Der große „Agenda-Boom“ setzte, ausgehend von großen Städten wie München, Bremen, Hamburg und Hannover im Jahre 1996 ein und hat sich bis Ende 2001 stetig ausgeweitet. Quantitative Untersuchungen zeigen, dass 1999 in 78% aller Mitgliedsstädte des Deutschen Städtetages (1998 waren es 38% und 1996 24%) Beschlüsse zur Aufstellung einer Lokalen Agenda 21 vorlagen¹¹. Im März 2002, nunmehr 10 Jahre nach dem Weltgipfel in Rio, haben 2292 (16.1%) deutsche Städte und Gemeinden einen politischen Beschluss zur Aufstellung einer Lokalen Agenda 21 verfasst¹² (siehe Graphik). Trotz dieses Erfolges liegt Deutschland gegenüber anderen europäischen Ländern hiermit bei der Umsetzung der Lokalen Agenda 21 lediglich im Mittelfeld.

3.4 Aktivitäten und Rahmensetzungen offizieller Stellen in Deutschland

3.4.1 Ausgewählte Aktivitäten der Bundesregierung

Die Bundesregierung, vertreten durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU), das Umweltbundesamt und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), hat sich im Gegensatz zu anderen europäischen Regierungen zunächst sehr zurückhaltend zur Lokalen Agenda 21 geäußert. Sie beschränkte sich auf die Unterstützung mehrerer Erklärungen, die Ausrichtung bundesweiter Kongresse, die Erstellung von Materialien und die Teilnahme an Netzwerk-Treffen der Bundesländer. Im Jahre 1995 wurden die Kommunen mit dem „Köpenicker Aufruf zur Lokalen Agenda 21 – Lokale Schritte zur globalen Zukunftsbeständigkeit“ unter der Schirmherrschaft des BMU aufgefordert, einen Lokalen Agenda-21-Prozess zu initiieren und durchzuführen¹³. In einer gemeinsamen Erklärung vom 10.09.1997 sicherten das BMU und die kommunalen Spitzenverbände den Kommunen ausdrücklich ihre Unterstützung bei der Bearbeitung einer Lokalen Agenda 21 zu. In die gleiche Richtung zielte auch eine gemeinsame Erklärung der Umweltministerkonferenz und der kommunalen Spitzenverbände vom 08.05.1998, in der u.a. Unterstützungsmöglichkeiten mittels Leitfäden und Modellvorhaben zugesagt wurden. Im „Entwurf eines umweltpolitischen Schwerpunktprogramms“ von 1998 wird die Förderung des Lokalen Agenda 21-Prozesses als ein zentraler Maßnahmenbereich des Bundes genannt. Die Anhö-



Quelle: Agenda-Transfer

rung der Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages „Schutz des Menschen und der Umwelt“ im November 1996 zum Thema „Kommunen und nachhaltige Entwicklung – Beiträge zur Umsetzung der Agenda 21“ ermittelte den Stand der Lokalen Agenda 21, ihre Erfolgsfaktoren und Hemmnisse sowie den Wunsch nach notwendigen nationalen Rahmenbedingungen. Das BMU förderte in den Jahren 1998 und 2000 Kongresse und Tagungen, u.a. 1998 den Kongress „Nachhaltige Entwicklung in den Kommunen - Lokale Agenda 21“ in Bonn, 1999 in Leipzig den Kongress „Nachhaltige Entwicklung in den Kommunen - Lokale Agenda 21 und Beteiligung der Wirtschaft“. Der im Jahre 1996 vom Bundesbauministerium (BMBau) veröffentlichte Leitfaden „European Local Agenda 21 Planning Guide“ und das Handbuch „Lokale Agenda 21“ des Umweltbundesamtes boten den Kommunen erste strukturierte und systematische Vor-Ort-Hilfen. Es folgten Literatur- und Adressenwegweiser, die Begleitstudie Berlin-Köpenick (1998) und die Studie „Lokale Agenda 21 im europäischen Vergleich“ (BMU 1999). Viel zu wenig beachtet wurden die Berichte „Nachhaltige Stadtentwicklung“ und „Nationaler Aktionsplan zur nachhaltigen Siedlungsentwicklung“ des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (BMBau) und der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (BMBau) die im Zusammenhang mit der Weltkonferenz zu Habitat II in Istanbul 1996 stehen¹⁴. Während in vielen europäischen Ländern bundesweite Koordinierungs- und Servicestellen geschaffen wurden, haben sich derartige Strukturen in Deutschland nicht herausgebildet. An deren Stelle traten erstmals seit 1997 dezentrale Agenda-Transferstellen in den einzelnen Bundesländern¹⁵. Diese Stellen stehen unmittelbar als Ansprechpartner für die Kommunen bei Problemen und Hemmnissen vor Ort oder der Suche nach konkreten Projekten und Organisationsfragen zur Verfügung. Die Einrichtungen werden im weitest überwiegenden Teil der Länder von diesen getra-



gen. Länder, die keine Koordinierungsstelle eingerichtet haben, verfügen statt dessen über landesweit agierende Initiativen oder Agenturen, die im Auftrag und in enger Abstimmung mit den Landesbehörden tätig sind und den Agenda-21-Prozess begleiten. Die Koordinationsstellen auf Landesebene haben sich inzwischen zu einem Arbeitskreis zusammengefunden, in dem Informationen und Erfahrungen über Aktivitäten zur Lokalen Agenda 21 ausgetauscht werden. Für den Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen den verschiedenen administrativen Stellen haben einige Länder zusätzlich intermi-

nisterielle bzw. die Senatsabteilungen übergreifende Arbeitskreise eingerichtet. Neue Anstöße zur Nachhaltigkeitsdiskussion in Deutschland und in den Kommunen liefert die nationale Nachhaltigkeitsstrategie, die im Vorfeld des Weltgipfels in Johannesburg im Jahre 2002 durch die Bundesregierung vorgelegt wurde (siehe Kästen).

Die Lokale Agenda 21 als Baustein der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie

...„Aktiver Motor einer nachhaltigen Entwicklung in Deutschland ist seit langem die Lokale Agenda 21. In über 2.300 Gemeinden und Städten haben Bürgerinnen und Bürger sich mit Kommunalpolitikern und Experten zusammengesetzt und Ideen entwickelt. Dort werden Energie-sparmaßnahmen für die Beleuchtung der Strassen, Vorschläge für die naturnahe Entwicklung des Stadtparks, die Einrichtung von Kinderspielflächen und die Schaffung von Jugendräumen diskutiert und umgesetzt. Aber auch komplexe Themen, wie die städtebauliche und wirtschaftliche Entwicklung der Städte und die Lösung der Verkehrsprobleme, stehen auf der Tagesordnung. Die damit verbundene Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Kommunalpolitik und das enorme Engagement sind hoffnungsvolle Zeichen.“

...„Diese Initiativen gehen zurück auf die Agenda 21, in der alle Kommunen aufgefordert werden, in einen Dialog mit ihren Bürgerinnen und Bürgern, örtlichen Organisationen und der Privatwirtschaft einzutreten und eine „Lokale Agenda 21“ zu beschließen. Mit der „Lokalen Agenda 21“ haben die Städte und Gemeinden die Chance, neue Akzente für eine zukunftsweisende Entwicklung der Kommunen zu setzen. Sie stimmt verschiedene Politikbereiche stärker aufeinander ab und bezieht alle interessierten Bürgerinnen und Bürger sowie die gesellschaftlichen Gruppen mit ein. Immer mehr deutsche Kommunen nutzen diese Möglichkeiten. Derzeit finden in Deutschland in über 2.300 Kommunen und in praktisch allen größeren Städten Lokale Agenda-Prozesse statt. Die Bundesregierung hat sich mit den Ländern auf die Einrichtung einer Servicestelle „Kommunen in der Einen Welt“ verständigt (Eröffnung: 17.12.2001).

Aus: Bundesregierung 2002.

³ Difu (Hrsg.) (1997): Städte auf dem Weg zur Lokalen Agenda 21 – Dokumentation des 2. Erfahrungsaustauschs. Berlin. Difu (Hrsg.) (1999): Lokale Agenda 21 auf Erfolgskurs – Dokumentation des 4. Erfahrungsaustauschs. Berlin.

⁴ Rösler, Cornelia (2000): Lokale Agenda 21 in deutschen Städten, in Heinelt, H., Mühlich, E. (Hrsg.): Lokale „Agenda 21-Prozesse“. Erklärungsansätze, Konzepte, Ergebnisse. Opladen: Leske+Budrich.

⁵ Agenda-Transfer (2001): Auswertung lokaler Agenda-21-Prozesse in Nordrhein-Westfalen, Untersuchung von 141 nordrhein-westfälischen Kommunen, Bonn; Econtur (2000): Dokumentation und Evaluation des Bremer Agenda 21-Prozesses, Bremen

⁶ ICLEI (2001): Local Agenda 21 Survey Report, global survey of Local Agenda 21 processes with the UN Secretariat for the World Summit on Sustainable Development and in collaboration with the UN Development Programme Capacity 21

⁷ ICLEI (2001b): Accelerating Local Sustainability - Evaluating European Local Agenda 21 Processes, Report of the LASALA Team, September, 2001, Volume 1

ICLEI (2001c): Accelerating Local Sustainability - Evaluating European Local Agenda 21 Processes, Identification of Good LA21 Processes, September, 2001, Volume 2.

⁸ BMU - Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, UBA - Umweltbundesamt (Hrsg.) (1999): Lokale Agenda 21 im europäischen Vergleich (vorgelegt vom Internationalen Rat für kommunale Umweltinitiativen, ICLEI und vom Deutschen Institut für Urbanistik, Difu).

⁹ Rösler, Cornelia (2000): Lokale Agenda 21 in deutschen Städten, in Heinelt, H., Mühlich, E. (Hrsg.): Lokale „Agenda 21-Prozesse“. Erklärungsansätze, Konzepte, Ergebnisse. Opladen: Leske+Budrich.

¹⁰ Deutscher Städtetag (1995): Städte für eine umweltgerechte Entwicklung Materialien für eine „Lokale Agenda 21“, Heft 24

¹¹ Difu (Hrsg.) (1999): Lokale Agenda 21 auf Erfolgskurs – Dokumentation des 4. Erfahrungsaustauschs. Berlin.

¹² Agenda-Transfer stellt in unregelmäßigen Abständen die Anzahl der Kommunen mit politischen Beschlüssen zur Lokalen Agenda 21 zusammen, siehe auch www.agenda-transfer.de.

¹³ UBA (1998): Begleitprojekt zum Lokalen Agenda - Prozess in Berlin - Köpenick: Teil I: Bericht zur Prozessbegleitung, UBA-TEXTE 41/98; Teil II: Arbeitsblätter, UBA-TEXTE 42/98

¹⁴ Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (Hrsg.) (1996): Nationaler Aktionsplan zur nachhaltigen Siedlungsentwicklung. Deutsches Nationalkomitee HABITAT II. Bonn

¹⁵ Eine Auflistung findet sich bei www.econtur.de und www.agenda-transfer.de.



4. Analyse der Lokalen Agenda 21 Prozesse in Deutschland

10 Jahre nach dem Weltgipfel in Rio sind höchsten 16% der ca. 14.200 deutschen Kommunen aktiv mit Nachhaltigkeitsüberlegungen im Sinne der Agenda 21 befasst. Selbst in diesen Kommunen ist nur ein geringer Teil der Bevölkerung informiert und einbezogen und die Lokale Agenda 21 in der Kommunalpolitik nur selten von zentraler Bedeutung. Es hat sich gezeigt, dass es den „Königsweg“ für die Aufstellung einer Lokalen Agenda 21 nicht gibt. Agenda-21-Prozesse sind durch eine Vielfalt unterschiedlicher Ansätze und Vorgehensweisen gekennzeichnet, die sowohl in der Herangehensweise, der Schrittabfolge des Prozesses, der Einordnung in kommunale Politikabläufe und im Verständnis der Qualitätsanforderungen an eine Lokale Agenda 21 besteht.¹⁶ Verschiedene idealtypische Modellvorstellungen von Lokalen Agenda 21-Prozessen sind möglich, bzw. haben sich auch in der Praxis herauskristallisiert¹⁷:

1. Neues Politik-Modell:

Das „Politik-Modell“ betrachtet die Lokale Agenda 21 in einem größeren gesamtgesellschaftlichen Rahmen. Neue politische Instrumente und Verfahren werden entwickelt und erprobt.

2. Effizienzmodell:

Das „Effizienzmodell“ betrachtet den Agenda-Prozess eher pragmatisch. Neue Strukturen können und sollen zwar entstehen, aber ergänzend zu den alten bzw. auf diesen aufbauend.

3. Verwaltungs- bzw. Bürgermeistermodell:

Die Initiative zur Erarbeitung einer Lokalen Agenda erfolgt vorrangig von wichtigen Entscheidungsträgern in Verwaltung und Kommunalpolitik. Einem lokalen Konsultationsprozess und der Entwicklung neuer, konsensorientierter Beteiligungsverfahren wird wenig Beachtung geschenkt.

4. Partizipatorisches Bildungsweg-Modell:

Hier steht das bürgerschaftliche Engagement und die Transparenz des Agenda-Prozesses im Vordergrund. Verknüpfungen mit Aspekten globaler Nachhaltigkeit stellen oftmals den Bezugspunkt der lokalen Aktivitäten dar.

Die folgenden Erkenntnisse spiegeln die derzeitige Situation in Deutschland aus der Sicht der Autoren wieder:

Bedeutung und politische Integration der Lokalen Agenda 21

Viele Kommunen haben mit einem eindeutigen politischen Beschluss einen ersten wichtigen Grundstein für eine erfolgreiche Agenda 21 gelegt. Unterzeichnet durch den/die Bürgermeister/-in verleiht er dem Agenda-Prozess die notwendige politische „Rückendeckung“. Politische Beschlüsse und politischer Wille allein sagen jedoch nichts über die konkrete Umsetzung aus. In den wenigsten deutschen Kommunen wurde die Lokale Agenda 21 zur Chefsache erklärt. Die Beteiligungsergebnisse werden von der Politik und Verwaltung zwar ernst genommen; es bleibt vielfach jedoch unklar, wie die langfristige Verbindlichkeit der Agenda 21-Ergebnisse gesichert werden kann. Eine Rückkopplung der Agenda-Ergebnisse in politische Entscheidungsprozesse findet oft nicht statt. Das Fehlen von kommunalen Aktionsprogrammen, in denen die politischen Vorgaben und die strategischen Ausrichtungen der Lokalen Agenda 21 dokumentiert sind, muß als ein großes Manko angesehen werden; einige der veröffentlichten Aktionsprogramme sind bereits wieder in den Regalen der Verwaltungen verschwunden. Oft genug scheitern zentrale Anliegen nachhaltiger Entwicklung und der Agenda 21, etwa in der Verkehrspolitik, an mangelndem politischem Willen zum echten Umsteuern.

Die Themen der Lokalen Agenda 21 und ihre Integration

Die Themen der Lokalen Agenda 21 konzentrieren sich in vielen Agenda-Prozessen auf den Bereich Umwelt. Klimaschutz, Naturschutz, Energie- und Wassersparen stehen hoch auf der Agenda. Es ist unbestritten, dass die in diesen Aktionsfeldern große Erfolge zu verzeichnen sind. So verwundert es nicht, dass in vielen Kommunen die Koordination der Lokalen Agenda 21 in den Umweltämtern angesiedelt ist. Trotz der Fokussierung auf den Natur- und Umweltschutz haben die Lokalen Agenda 21 Prozesse dennoch den Blick auf eine integrative Betrachtung der kommunalen Handlungsfelder geöffnet und damit zu einer Abkehr von der isolierten,





Foto: www.freemages.co.uk

Mit aktiver Öffentlichkeitsarbeit bemühen sich viele Kommunen verstärkt um eine höhere Sichtbarkeit des Agenda-Prozesses. Hierzu werden populäre Personen aus der Gesellschaft und attraktive Vorzeigeprojekte ("Gute Beispiele") gesucht.

oft konkurrierenden Betrachtung von ökologischer Nachhaltigkeit, sozialer Gerechtigkeit und ökonomischer Effizienz geführt. Einer stärker horizontalen und ressortübergreifenden Koordination und Integration von Nachhaltigkeit standen bisher die bekannten Autonomieansprüche wichtiger Politikbereiche, Dezernate oder Abteilungen, sowie Konkurrenzen, Vielfachzuständigkeiten, fehlende Abstimmung oder gegensätzliche Politiken innerhalb der öffentlichen Verwaltung gegenüber. Dies trifft insbesondere auf neue Instrumente der Querschnittspolitik zu (z.B. ressortübergreifende Arbeitskreise, Partizipationsorientierte Planungsverfahren, Neues Steuerungsmodell, Stadtmarketing, kommunales Umweltmanagement, Verknüpfung mit der Verwaltungsreform und eine verbindliche Integration der Nachhaltigen Entwicklung in den laufenden Aufgabenvollzug der Verwaltung). Auffällig ist, dass vielerorts Lokale Agenda 21-Prozesse und diese Modernisierungskonzepte voneinander kaum Notiz nehmen. Bekannt ist auch, dass diese Prozesse mit einem ungleich höheren finanziellen Aufwand vorangetrieben werden. Die konzeptionellen Kernelemente des Neuen Steuerungsmodells könnten ohne Weiteres auf die Lokale Agenda 21 übertragen werden, z.B. die Neubestimmung von Verwaltung und Politik durch eine auf Leistungs- und Wirkungsparameter (Indikatoren) gerichtete Arbeitsweise, die mittels Zielvereinbarungen und Berichtswesen von der Politik gesteuert wird.

Aufbau von Strukturen und die Notwendigkeit eines effizienten Prozessmanagements

In vielen Kommunen ist es gelungen, Strukturen und Verfahren zu etablieren, die örtliche Akteure in die Erarbeitung einer Lokalen Agenda 21 einbeziehen. Mit Agenda-Büros, Stabsstellen in der Verwaltung, Agenda-Vereinen und Bürgerforen konnten Agenda-Prozesse überhaupt erst „in Gang gesetzt“ werden. Oftmals fehlten jedoch die Finanzmittel, um hauptamtlich Beschäftig-

te mit einem professionellen und kontinuierlichen Agenda-Management zu beauftragen. Viele Agenda-Akteure mussten feststellen, dass ohne Geld weder Moderator/-innen, noch Agenda-Feste, Publikationen und Schulungen, geschweige denn anspruchsvolle Vorzeigeprojekte zu bezahlen sind.

Aufklärung und Popularisierung - die Kommunikation des Leitbildes Nachhaltigkeit

Der Aufbau von Netzwerken und die Verbesserung des Informationsflusses und der Kommunikation gelten vielerorts als ein Erfolgsrezept für Agenda-Prozesse. Da das Konzept der Nachhaltigen Entwicklung auf der kommunalen Ebene in Politik und Öffentlichkeit weitestgehend unbekannt geblieben ist, ist die Vermittlung des Agenda-21-Gedankens in breite Bevölkerungskreise nur bedingt gelungen¹⁸. Die Ursache liegt nicht nur am fehlenden Interesse, sondern auch in der Schwierigkeit begründet, das abstrakte Leitbild Nachhaltigkeit zu kommunizieren. Mit aktiver Öffentlichkeitsarbeit bemühen sich viele Kommunen verstärkt um eine höhere Sichtbarkeit des Agenda-Prozesses. Hierzu werden populäre Personen aus der Gesellschaft und attraktive Vorzeigeprojekte ("Gute Beispiele") gesucht. Besonders positiv zu bewerten ist die Einbindung lokaler Bildungsträger in die Agenda-Prozesse. Sie sind in der Lage, Ideen und Projekte der Agenda 21, oftmals in Kooperation mit Umwelt- und Entwicklungsinitiativen, in Seminaren, Mitmachaktionen und Exkursionen lebhaft zu vermitteln.

Partizipation und bürgerschaftliches Engagement

Die Einbindung lokaler Interessensvertreter sowie engagierter und kompetenter Bürger/-innen gilt als das eigentliche „Herzstück“ der Lokalen Agenda 21. vielerorts stellen die Agenda-Prozesse eine neue politische und planerische Kultur dar, die sich durch einen moderierten, kooperativen und konsensorientierten Konsultationsprozess auszeichnet. Dieser führt die unterschiedlichsten



gesellschaftlichen Akteure an Runden Tischen, in Zukunftswerkstätten und Agenda-Arbeitskreisen zusammen, um gemeinsam die Planung, Politik und Entscheidungen in Richtung einer nachhaltigen Kommunalentwicklung auszurichten. Mit neuen Formen der Bürgerbeteiligung wurde das Engagement der Bürger/-innen an Zukunftsfragen zwar deutlich erhöht, eine offene Planung mit einer neuen Beteiligungskultur hat sich jedoch nicht durchgesetzt. Viele anfänglich interessierte Bürgerinnen und Bürger stellten nach einer gewissen Zeit fest, dass ihr großes Engagement kaum gewürdigt wurde und die oftmals im Konsens erzielten Ergebnisse kaum Eingang in politische Entscheidungsprozesse fanden. Als ein großes Defizit muß das Fernbleiben der lokalen Wirtschaft in Agenda-Prozessen angesehen werden. Obwohl eine Vielzahl von anspruchsvollen und kompetenten Konzepten zur Einbindung von Wirtschaftsunternehmen in Agenda- und Nachhaltigkeitsprozesse vorliegen, haben sich nur einige wenige durchsetzen können, wie z.B. das Projekt „Ökoprofit“ oder Initiativen im Rahmen von Umweltpartnerschaften zwischen Behörden und Unternehmen.

Kooperation, Vernetzung und Regionale und überregionale Vernetzung

Die Kommunen bemühen sich im Rahmen der Agenda-Prozesse um eine intensive lokale und regionale Vernetzung. Größere Probleme bereitet es den Kommunen jedoch, die globale Dimension von Nachhaltigkeit in die örtlichen Prozesse einzubringen und Pläne und konkrete Projekte entsprechend auszurichten. Viele Großstädte beteiligen sich in internationalen Netzwerken, wie z.B. ICLEI, bremen initiative, Europäische Kampagne zukunftsfähiger Städte und Gemeinden, Klimabündnis, Car Free Cities, Eurocities, Energy-Cities oder der European Sustainable Cities and Towns Campaign.

Nachhaltigkeit messen –

die Notwendigkeit von Nachhaltigkeitsindikatoren

Eine Reihe von Kommunen haben inzwischen Nachhaltigkeitsindikatorensysteme entwickelt und Einzelindikatoren beschrieben. Die Erstellung eines darauf abgestimmten Überwachungssystems, im Sinne einer Überprüfung der Fortschritte in Richtung einer Nachhaltigen Entwicklung, steht jedoch noch aus. Allgemein wird der Überprüfung der Agenda-Aktivitäten noch zu wenig Bedeutung beigemessen. So findet denn auch kaum eine kontinuierliche Fortschreibung kommunaler Nachhaltigkeitsziele, Indikatoren und Maßnahmen statt. Die Veröffentlichung regelmäßiger kommunaler Nachhaltigkeitsberichte ist auch eher noch eine Ausnahme.

Unterstützende politische Rahmenbedingungen

Es ist festzustellen, dass sowohl die Bundesregierung als auch die Bundesländer ihre Maßnahmen zur Förderung des Agenda 21-Gedankens bisher nur unzureichend entwickelt und umgesetzt haben. So existiert derzeit kein zusammenfassender Jahresbericht oder eine kritische Bilanz der Bundesregierung und der Bundesländer zu den tatsächlichen Fortschritten und Rückschritten auf wesentlichen Gebieten einer nachhaltigen Entwicklung auf kom-

munaler Ebene. Inzwischen gibt es jedoch auf der nationalen Ebene durch die nationale Nachhaltigkeitsstrategie einen ersten Ansatz.

Fazit

Auch wenn aus zeitlicher und inhaltliche Perspektive die Vorgabe der Lokalen Agenda 21 in Deutschland bei weitem nicht erfüllt wurde, kann von einer Nachhaltigkeitsbewegung in den Kommunen gesprochen werden. Die Lokale Agenda 21 ist zu einem zentralen und wichtigen „Transmissionsriemen“¹⁹ des Nachhaltigkeitskonzepts in die kommunale Politik geworden und stellt mehr oder weniger den Rahmen dar, in denen Nachhaltigkeitsprozesse und –initiativen verortet sind. In den Kommunen mit Agenda 21-Beschlüssen haben sich durchaus innovative Ansätze in Richtung Nachhaltigkeit entwickelt. Vielerorts sind neue Kooperations- und Partizipationsmodelle und nachhaltige Projekte im Sinne von „Good-Practices“ entwickelt worden²⁰.

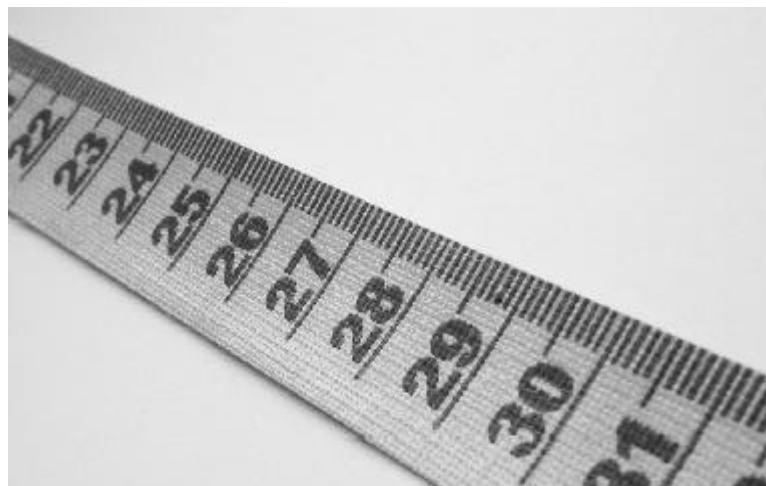
¹⁶ ICLEI (LASALA - Local Authorities Self-Assessment of Local Agenda 21), MPS (Stabilisierungsbedingungen Lokaler Agenda 21 Prozesse), econtur (Erfolgsfaktoren von Lokalen Agenda 21-Prozessen), Fachhochschule Erfurt (Evaluationsmöglichkeiten anhand von Prozessindikatoren), Deutsche Umwelthilfe (Qualitätskriterien des Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“), (Bayerisches Landesamt für Umweltschutz 2001)

¹⁷ Brand K.W., E. Christ, A. Heimerl, A. Rau, G. Warsewa unter Mitarbeit von B.A.U.M. Consult GmbH (2001): Bedingungen institutioneller Stabilisierung lokaler AGENDA 21-Prozesse - Modellhafte Stabilisierungspfade -, München.

¹⁸ ANPED (2001): Thinking Locally? Act globally – Overcoming the barriers to effective local action on sustainable development.

¹⁹ Brand K.W., E. Christ, A. Heimerl, A. Rau, G. Warsewa unter Mitarbeit von B.A.U.M. Consult GmbH (2001): Bedingungen institutioneller Stabilisierung lokaler AGENDA 21-Prozesse - Modellhafte Stabilisierungspfade -, München.

²⁰ Siehe Auflistung auf der Homepage des Lokale Agenda 21-Netzwerks (www.agenda21-netzwerk.de).



Nachhaltigkeit messen – Nachhaltigkeitsindikatoren sind notwendig

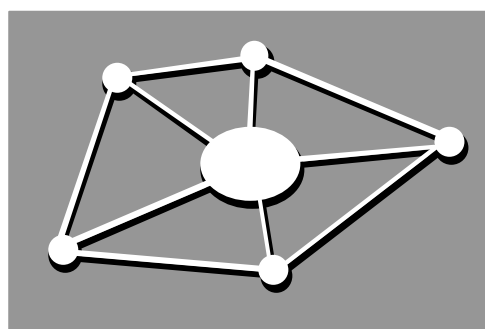
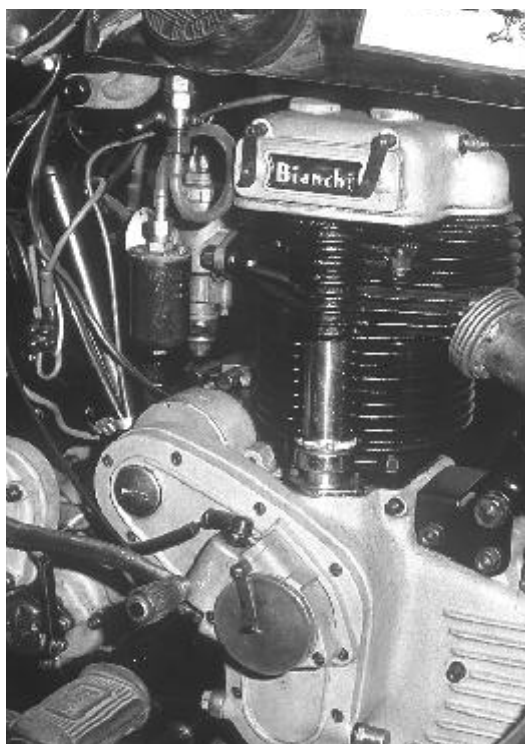
5. Perspektiven und Szenarien lokaler Agenda-Prozesse

Es stellt sich die Frage, wie sich in Zukunft Lokale Agenda 21-Prozesse entwickeln werden, welche Szenarien denkbar sind und welche Konsequenzen und Handlungsoptionen sich hieraus ergeben? In vielen Kommunen, insbesondere bei denjenigen, die bereits seit einigen Jahren einen Agenda-Prozess aufrechterhalten, gilt es, diesen zu stabilisieren. Vielerorts ist ein Abbrechen des Agenda-Prozesses zu beobachten²¹. Perspektivisch gilt es, die Inhalte der Lokalen Agenda 21 in die verschiedenen kommunalen Handlungsfelder und in Politik- und Verwaltungshandeln zu transportieren, bzw. mit bereits vorhandene Programme und Initiativen, zu verknüpfen. Die Lokale Agenda 21 ist nicht das einzige Instrument oder Programm zur Förderung lokaler Nachhaltigkeit. In vielen Kommunen existieren bereits eine Reihe von länger laufenden Initiativen und Politiken, die sich gut in die „neu gerahmte“ Zielsetzung einer Nachhaltigen Entwicklung einfügen. Hierzu zählen u.a. kommunale Modernisierungsinstrumente wie das Neue Steuerungsmodell, die Verwaltungsreform, das Stadtmarketing, kommunale Umweltmanagementsysteme oder die verschiedenen Ansätze einer bürgerfreundlichen Kommune. Das rückt das Feld kommunaler Konflikte und Allianzen, die Frage nach den Möglichkeiten neuer Handlungskoalitionen und die Möglichkeit der Schaffung von win-win-Situationen in den Vordergrund.

Erstes Szenario

Die „Lokale Agenda 21“ als Motor und Transmissionsriemen nachhaltiger Entwicklung

Die Lokale Agenda 21 wirkt als permanenter „Kommunikations-Motor“ und als „Vernetzungs-Agentur“ kommunaler Entwicklung in Richtung Nachhaltigkeit. Sie zielt darauf, sich möglichst rasch dadurch überflüssig zu machen, dass Nachhaltigkeitskriterien systematisch in kommunale Entscheidungsprozesse und Lebenszusammenhänge eingebaut werden. Die Lokale Agenda 21 ist als Vision für eine langfristige Stadtentwicklung anerkannt und im Leitbild der Stadt verankert. In enger Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen (Vereinen, Fachleuten aus Wirtschaft und Initiativen, Verbänden) und den betreffenden Referaten der Verwaltung werden in mehreren städtischen Handlungsfeldern neue nachhaltige Lösungsansätze geplant und realisiert. Es wird ein Netz nachhaltigkeitsorientierter Akteure und Praktiken aufgebaut. Transferprozesse in Richtung Wirtschaft, Region, Alltagsleben, Bildungseinrichtungen finden statt. Es gibt immer wieder neue Akteurskoalitionen und mehrere Akteursnetzwerke, z.B. zur regionalen Ernährung, zwischen ökologisch ar-



Realistisch kann festgestellt werden, dass ein Großteil der deutschen Kommunen sich derzeit in dem dritten Szenario „Die Lokale Agenda 21 als zeitlich begrenzter Input“ wiederfindet.



beitenden Unternehmen oder Bildungswerken. Ein Indikatorenset zur Bewertung der Fortschritte in Richtung Nachhaltigkeit wird mit gesellschaftlicher Beteiligung erstellt. Es gibt fortlaufend neue Projekte für nachhaltige Lösungen. Das Nachhaltigkeitsbüro der Stadt, als Stabsstelle angelegt, gibt einen jährlichen Nachhaltigkeitsbericht heraus, der von der Presse ausführlich kommentiert wird. Das Nachhaltigkeitsbüro hält Kontakt mit anderen Nachhaltigkeitsstellen im Land, in Deutschland und auf europäischer Ebene. Eine-Welt-Initiativen und Städtepartnerschaften mit der Einen Welt werden unterstützt. Es gibt Abstimmungen zwischen Stadträten, Verwaltung und Wissensträgern zur Nachhaltigen Entwicklung. Ein lokaler Nachhaltigkeitsrat wird gegründet. Es entsteht ein neues Rollenverständnis – eine neue politische Kultur. Die politischen Entscheidungen der Stadträte richten sich meistens nach aufgestellten Nachhaltigkeitsrichtlinien. Die Nachhaltigkeit ist keine Worthülse mehr, sondern ist politisch gewollt und hat einen Stellenwert. Es gibt Anreize zum Mitmachen.

mune ist verhältnismäßig gering. Sie zielt oftmals auf isolierte, meist ökologische Verbesserungen auf kommunaler Ebene. Es gibt zwar Anstöße zu einer Leitbildentwicklung, der Mobilisierung von Projektideen, der Durchführung einer Reihe von Informationsveranstaltungen und der Veröffentlichung von Agenda-Broschüren, zu einem längeren Miteinander von Verwaltung, Lokalpolitik und Bürgern kommt es jedoch nicht. Das Interesse der Bürger erlahmt nach 3 bis 4 Jahren. Ein Handlungsprogramm wird nicht erstellt. Die Lokale Agenda 21 bleibt in der zivilgesellschaftlichen Nische relativ unbedeutend.



Zweites Szenario

„Die Lokale Agenda 21 als Netzwerk lokaler Nachhaltigkeitsprojekte“

In dem zweiten Szenario beschränkt sich die Lokale Agenda 21 auf die Entwicklung und Vernetzung von nachhaltigen Projekten. Die Kommune trägt sichtbar zu einer finanziellen und personellen Ausstattung bei. Für eine überschaubare Zeit gibt es eine verlässliche Organisationsstruktur und eine von der Kommune geförderte Öffentlichkeitsarbeit. Es sind mehrere Agenda-Arbeitskreise, ein Agenda-Beauftragter oder ein Agenda-Büro etabliert, finanzierte Moderatoren und Zukunftswerkstätten sind vorhanden. Projekte werden von der Kommune gefördert und bezuschusst. Es existiert jedoch kein Maßnahmenkatalog, kein Aktionsprogramm mit abgestimmten Leitbildern, Zielen und Indikatoren. Eine echte Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Mandatsträgern findet nicht statt.

Realistisch kann festgestellt werden, dass ein Großteil der deutschen Kommunen sich derzeit in dem dritten Szenario wiederfinden. Hinzu kommen deutliche Ermüdungserscheinungen. Die Agenda-Prozesse haben nach einer anfänglichen drei- bis vierjährigen Mobilisierungsphase an Attraktivität verloren. Vielerorts ist die Lokale Agenda 21 als Prozess gar ganz zum Erliegen gekommen, bzw. wird öffentlich praktisch nicht mehr wahrgenommen. Eine Reihe von Kommunen hat durchaus die Qualität der zweiten Kategorie erreicht: die Lokale Agenda 21 hat hier Anerkennung gewonnen, es sind einige große und mehrere kleine Projekte realisiert worden. Zu einer engen Zusammenarbeit von Gesellschaft und Verwaltung in Entscheidungsprozessen für Nachhaltigkeit ist es jedoch auch hier nicht gekommen. Insbesondere existiert keine Nachhaltigkeitsstrategie und keine langfristige Zusage, Prozess und Projekte fortzuführen und finanziell zu unterstützen. Die Niveau des ersten Szenarios hat kaum eine deutsche Stadt erreicht, wenn es auch hier bereits Annäherungen gibt. Wenn die Vision einer kommunalen Nachhaltigkeit als langfristiges Ziel für die nächsten 20-30 Jahre aufrechterhalten werden soll, müssten stetige Schritte in Richtung dieses Szenarios gemacht werden.

Drittes Szenario

„Die Lokale Agenda 21 als zeitlich begrenzter Input“

Im dritten Szenario endet die Lokale Agenda 21, je nach Größe der Kommune, nach der ersten Konsultationsphase nach 2 bis 4 Jahren. In dieser Zeit hat der Agenda-Prozess einen wichtigen Beitrag zur Nachhaltigkeitsdebatte geliefert. Politik und Verwaltung zeigen ihr grundsätzliches Interesse an der Lokalen Agenda 21. Es sind aber fast ausschließlich bürgerschaftliche Initiativen, die sich in verschiedenen Arbeitsgruppen um die Entwicklung und Umsetzung kleinerer Projekte bemühen. Die Finanzierung durch die Kom-

²¹ Bayerisches Landesamt für Umweltschutz (Hrsg.) (2001): Die Kommunale Agenda 21 in Bayern auf dem Weg ins Jahr 2001. KommA21 Aktuell 01/01, Augsburg

6. Handlungsempfehlungen zur Stabilisierung von Lokalen Agenda-Prozessen

In den Kommunen sind neue Lösungswege, Strategien und Ideen für eine Konsolidierung bzw. Weiterentwicklung der Lokalen Agenda 21 gefragt, wenn sie nicht als ein kurzfristiges Projekt beendet werden soll. Die zentrale Frage lautet, wie es gelingen kann, Agenda-Prozesse institutionell so zu verankern, dass sie nicht in Nischen abgedrängt werden, sondern über die erste Konsultationsphase hinaus dauerhafte Lern- und Veränderungsprozesse in Richtung einer nachhaltigen Kommunalentwicklung in den verschiedensten Handlungsfeldern in Gang setzen²². Wie ist der Ernüchterung, Frustration oder gar dem drohenden Rückzug der beteiligten Akteure zu begegnen? Die folgende Zusammenstellung von Stabilisierungsbedingungen und -instrumenten kann als ein erster „Werkzeugkasten“ angesehen werden, der genutzt werden kann, um die wesentlichen Schwachstellen des eigenen Agenda-Prozesses systematischer zu identifizieren. Für einen erfolgreichen Agenda-Prozess müssen nicht alle diese Stabilisierungsbedingungen erfüllt sein, um dem Lokalen Agenda 21-Prozess eine Chance zu geben. Jeder Agenda 21-Prozess startet von einem anderen Ausgangspunkt und in einer spezifischen Bedingungskonstellation und weist deshalb auch unterschiedliche Stärken und Schwächen in Bezug auf diese einzelnen Punkte auf.

Handlungsempfehlungen

1. Die nachhaltige Entwicklung der Kommune muss in das Zentrum kommunaler Politik und Öffentlichkeit gerückt werden. Grundlage ist der Dialog und das Zusammenwirken möglichst vieler lokaler Akteure. Neben dem Ratsbeschluss, eine Lokale Agenda 21 zu erstellen, ist politische Relevanz nur zu erreichen, wenn eine konstruktive Zusammenarbeit von Verwaltung und gesellschaftlichen Gruppen erfolgt und diese gemeinsam ein kommunales Aktionsprogramm mit Projektideen erarbeiten und mit der Politik umsetzen. Lokale Agenda 21-Akteure sollen einen intensiveren und kontinuierlichen Dialog mit den politischen Entscheidungsträgern der Kommune führen.

2. Nachhaltigkeit und Lokale Agenda 21 dürfen keine Nische sein, sondern sollten netzwerkartig in relevanten Institutionen und anderen lokalen Politikprozessen verankert werden. Eine thematische Integration (Verknüpfung von Wirtschaft, Umwelt, Soziales, globale Verantwortung) innerhalb der Kommune ist eine notwendige Voraussetzung für den Erfolg. Als Querschnittsaufgabe soll „Gender-Mainstreaming“ (Berücksichtigung von Frauen-Belangen) in alle Ziel- und Handlungsbereiche nachweisbar einbezogen werden.

3. Partizipation und bürgerschaftliches Engagement können durch die systematische Einbindung von relevanten Nichtregierungsorganisationen, Vereinen und Verbänden, Institutionen der Wirtschaft, der Verwaltung und der Bürgerinnen und Bürger in politische Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse erreicht werden. Dabei ist zwischen Verbandsbeteiligung und Bürgerbeteiligung zu unterscheiden. Um neue Formen der Bürgerbeteiligung sicherzustellen, ist eine rechtliche Verankerung derselben (in Kommunalversammlungen, Satzungen u.a.m.) unabdingbar. Bürgerbeteiligung sollte geweckt und immer wieder erneuert werden; Bürgerinnen und Bürgern die Gelegenheit gegeben werden, sich in Lokale Agenda-Projekten zu engagieren und mittels geeigneter Beteiligungsverfahren an zentralen politischen Entscheidungen teilzuhaben. Die Ergebnisse der Bürger/-innenbeteiligung müssen glaubwürdig und mit einem hohen Grad der Verbindlichkeit in den politischen Entscheidungsprozess (Parlamente, Verwaltung etc.) einfließen.

4. Nachhaltige Entwicklung muss als langfristiger Prozess erkannt und entsprechend in die kommunalen Institutionen, aber auch in zivilgesellschaftlichen Organisationen personell und strukturell/organisatorisch eingebaut werden. Zur effizienten Aufrechterhaltung sind hauptamtlich Beschäftigte, bzw. ein Agenda-Büro zur Koordination und zum Vernetzungsmanagement erforderlich. Wichtige Treffen, wie z.B. Runde Tische, müssen immer mit professioneller Moderation durchgeführt und entsprechender Dokumentation abgeschlossen werden. Für die ersten Jahre sollte die Kommune für eine lebensfähige Struktur, die grundsätzliche Finanzierung des Konsultationsprozesses sowie die Dokumentation der Ergebnisse sorgen. Aufgrund der angespannten Finanzsituation der Kommunen wird empfohlen, zusätzlich neue Wege der Finanzierung zu suchen (z.B. Bürgerstiftungen). Eine Finanzierung von Leitprojekten, die Ecksteine für zunehmende Nachhaltigkeit sein sollen, wird empfohlen. Als sehr förderlich erweist sich die aktive Unterstützung durch kommunale Spitzenvertreter/-innen.



5. Bildungseinrichtungen haben die Aufgabe, der gesamten Bevölkerung in verständlicher Weise die Notwendigkeiten und Themen einer nachhaltigen Entwicklung zu vermitteln, dazu zählen Kampagnen, Veranstaltungen und Projekte für zukunftsfähige Lebensstile und zur Veränderung von Konsummustern. Alle Institutionen zukunftsfähiger Kommunen sollten sich als lernende Organisationen begreifen, die sich beständig weiterentwickeln. Bildung ist zunehmend als Bildung für eine Nachhaltige Entwicklung mit ganzheitlichem Ansatz zu begreifen. Gestaltungskompetenz und Inhalte der Nachhaltigkeit sollten wesentliche Elemente aller Bildungsprozesse sein.

6. Die attraktive, schlüssige und verständliche Aufklärung über die Ziele einer nachhaltigen Entwicklung und der Lokalen Agenda 21 ist durch professionelle Öffentlichkeitsarbeit und Internetauftritte stets aktuell zu begleiten. Die Öffentlichkeitsarbeit sollte auf Zielgruppen ausgerichtet werden, für diese verständlich und alltagsbezogen sein sowie visuelle und emotionale Aspekte einbeziehen. Sinnvoll wäre die Bereitstellung von landes- oder bundesweiten PR-Materialien für Kommunen, an deren Erstellung lokale Akteure beteiligt werden. Um Erfolg sichtbar zu machen, sollte über erfolgreiche Vorzeigeprojekte, sogenannte „Gute Beispiele“ berichtet werden. Ziele, Inhalte und Projekte sollten stärker öffentlich erörtert werden. Die Lokale Agenda 21 ist als Trendsetter der gesellschaftlichen Entwicklung zu profilieren. Dafür sind Kapazitäten von staatlicher und kommunaler Seite, aber auch innerhalb zivilgesellschaftlicher Organisationen zur Verfügung zu stellen.

7. Ein Nachhaltigkeits-Controlling ist zwingend erforderlich, um Fortschritte in Richtung Nachhaltigkeit beurteilen zu können. Als Instrument stehen hierfür Nachhaltigkeitsindikatoren zur Verfügung, deren Ergebnisse in regelmäßigen Abständen im Rahmen von Nachhaltigkeitsberichten für die Öffentlichkeit publiziert werden sollten. Nachhaltigkeitsindikatoren setzen Leitbilder, Qualitätsziele und quantifizierbare Ziele der einzelnen Referate der Verwaltung voraus. Durch eine Teilnahme an Nachhaltigkeitswettbewerben können Motivation aufgebaut und Evaluationen der Kommune durchgeführt werden. Das Controlling muss auch dazu dienen, Hemmnisse Lokaler Agenda 21 Prozesse zu analysieren.

8. Die Kommunen sollten prioritäre Handlungsfelder für eine nachhaltige Entwicklung festlegen. Die größtmöglichen Effekte für eine zukunftsfähige Entwicklung und die kommunalen Handlungsmöglichkeiten sollten die Grundlage für die Entscheidung bilden. Damit können Kapazitäten gebündelt und die Erfolgsaussichten gesteigert werden.

Stabilisierungsbedingungen für LA21-Prozesse - Ein Werkzeugkasten verändert nach Brand u.a. 2001²³

Stabilisierungsbedingungen	Stabilisierungsinstrumente/-strategien
1. Politische Einbindung und Relevanz	<ul style="list-style-type: none"> • Lokale Agenda 21 wird zur „Chefsache“ erklärt. • Bürgermeister repräsentiert die Agenda nach außen. • Kommunikation der Lokale Agenda 21 als klarer Auftrag des Stadtrats. • Einbindung der Vertreter aller wichtigen gesellschaftlichen Gruppen. • Rückkopplung in die Politik (Stadtrat, Bezirksräte). • Sicherstellung der Verbindlichkeit der Ergebnisse der Dialogprozesse. • Erarbeitung und Umsetzung eines kommunalen Aktionsprogramms.
2. Thematische Integration	<ul style="list-style-type: none"> • Integrative Leitbildentwicklung (unter Einbezug ökologischer, sozialer und ökonomischer Aspekte kommunaler Entwicklung) • Anbindung des Agenda-Büros möglichst als Stabsstelle beim Bürgermeister. • Verankerung der LA 21 in der Verwaltung (Beauftragte in den Ressorts). • Entwicklung neuer Instrumente der „Querschnittspolitik“ in der Verwaltung. • Verknüpfung mit Verwaltungsmodernisierung (Neues Steuerungsmodell). • Bearbeitung zentraler lokaler Probleme durch dialogische Problemlösungsverfahren (Runde Tische, Fachforen, Mediation, Planungszellen etc.)
3. Vernetzung gesellschaftlicher Akteursgruppen	<ul style="list-style-type: none"> • Bildung themenspezifischer, dialogischer Foren und Arbeitskreise unter Einbezug möglichst aller relevanten lokalen Akteursgruppen und Organisationen. • Fokussierung auf den potentiellen Nutzen und auf win-win-Projekte. • Aktive Einbindung der wirtschaftlichen Akteure. • Gründung und Vernetzung von Agenda-Arbeitskreisen. • Vernetzung mit anderen Netzwerken gesellschaftlichen Engagements.
4. Effizientes Prozessmanagement	<ul style="list-style-type: none"> • Professionelle Moderation des „Konsultationsprozesses“. • Schaffung der Stelle eines hauptamtlichen Agenda-Beauftragten mit klarer Aufgabendefinition und den notwendigen finanziellen Ressourcen. • Schaffung von Organisations- und Kommunikationsstrukturen, die den Informationsfluss und die Vernetzung ermöglichen und sicherstellen.
5. Aufklärung und Popularisierung	<ul style="list-style-type: none"> • Hohe Sichtbarkeit des Agenda-Prozesses durch professionelle Öffentlichkeitsarbeit und thematisch fokussierten Öffentlichkeitskampagnen. • Gewinnung populärer „Zuopferde“. • Umsetzung attraktive Modellprojekte. • Sichtbarmachung und Rückkopplung von Agenda-Erfolgen. • Einbindung lokaler Bildungsträger und Beratungsinstitutionen.
6. Partizipation und bürgerschaftliches Engagement	<ul style="list-style-type: none"> • Systematische Einbindung der Bevölkerung durch Zukunftskonferenzen, Planungszellen, Runde Tische, Foren etc. • Offene und transparente Planungsprozesse. • Förderung bürgerschaftlichen Engagements.
7. Regionale und überregionale Vernetzung	<ul style="list-style-type: none"> • Vernetzung herstellen, Erfahrungsaustausch nutzen. • Beteiligung an internationalen lokalen Agenda-Netzwerken. • Einbahn von Agenda-Städtepartnerschaften Ländern der Einen Welt.
8. Nachhaltigkeits-Controlling	<ul style="list-style-type: none"> • Erarbeitung lokaler Nachhaltigkeitsindikatoren und Erstellung eines darauf abgestimmten Monitoring-Systems. • Regelmäßige Erstellung von Nachhaltigkeitsberichten. • Kontinuierliche Fortschreibung kommunaler Nachhaltigkeitsziele. • Teilnahme an inter-kommunalen Vergleichs- und Wettbewerbsringen.
9. Unterstützende Rahmenbedingungen	<ul style="list-style-type: none"> • Schaffung günstige Rahmenbedingungen für Nachhaltigkeitsprozesse auf lokaler Ebene durch Druck auf regionale und nationale Regierungen

9. Kommunen sollten sich an Nachhaltigkeitsbemühungen ihrer Region (Umland größerer Städte, Landkreis, Partnerstädte) beteiligen und eine Vernetzung in einzelnen Handlungsfeldern anstreben. Agenda 21-Kooperationen mit Städten der „Einen Welt“ (im Süden, im Osten, im Regenwald) zeigen globales Denken.

10. Ein Bewusstsein für günstige Rahmenbedingungen und konkreten Unterstützungsbedarf für nachhaltige Programme der Kommunen durch die Landes- und Bundesregierung sollten für die wesentlichen Handlungsfelder entwickelt und verdeutlicht werden. Z.B. sind die Nachhaltigkeitswirkungen des Finanzsystems zu überprüfen. Die Zielsetzungen der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie sind durch die Lokale Agenda

21-Prozesse zu nutzen. Diese können wertvolle Hilfestellungen für die Umsetzung der Strategien auf lokaler Ebene liefern²⁴.

²² Bundesregierung (2002): *Perspektiven für Deutschland - Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung. Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland*. Berlin: Bundesregierung.

²³ Brand K.W., E. Christ, A. Heimerl, A. Rau, G. Warsewa unter Mitarbeit von B.A.U.M. Consult GmbH (2001): *Bedingungen institutioneller Stabilisierung lokaler AGENDA 21-Prozesse - Modellhafte Stabilisierungspfade* -, München.

²⁴ Brand K.W., E. Christ, A. Heimerl, A. Rau, G. Warsewa unter Mitarbeit von B.A.U.M. Consult GmbH (2001): *Bedingungen institutioneller Stabilisierung lokaler AGENDA 21-Prozesse - Modellhafte Stabilisierungspfade* -, München.



7. Links zur Lokalen Agenda 21

- Lokale Agenda 21 in Berlin
www.agenda21berlin.de
- Lokale Agenda 21 in Bremen
www.agenda21.bremen.de
- Lokale Agenda 21 in Chemnitz
www.agenda21-chemnitz.purespace.de
- Lokale Agenda 21 in Cottbus
www.lokaleagenda21cottbus.de
- Lokale Agenda in Darmstadt
www.agenda21.darmstadt.de
- Lokale Agenda 21 in Dresden
www.dresdner-agenda21.de
- Lokale Agenda 21 in Erfurt
www.erfurt.de/erfurt/dt/Index/fa00.htm
- Lokale Agenda 21 in Hamburg
www.zukunftsrat.de
- Lokale Agenda 21 in Hannover
www.agenda21.de
- Lokale Agenda 21 in Leipzig
www.le-agenda.de
- Lokale Agenda 21 in München
www.muenchen.de/referat/rgu/frames/agenda/agenda21.htm
- Lokale Agenda 21 Netzwerk Deutschland
www.agenda21-netzwerk.de
- European Sustainable Cities & Towns Campaign
www.sustainable-cities.org
- International Council for Local Environmental Initiatives
www.iclei.org

Agenda-Transferstellen der Bundesländer

- Baden-Württemberg: Agenda-Büro im Landesamt für Umweltschutz - www.lfu.baden-wuerttemberg.de/lfu/abt2/agenda/
- Bayern: KommA 21 – Kommunale Agenda 21 Bayern - <http://www.bayern.de/lfu/komma21>
- Bremen: Sustainability Center Bremen - www.sustainability-center-bremen.de
- Hessen: Agenda Büro Hessen - www.mulf.hessen.de/agenda21/
- Nordrhein-Westfalen: Agenda Transfer GmbH, NRW - www.agenda-transfer.de
- Rheinland-Pfalz: Umdenken - www.umdenden.de/akademie

Nichtregierungsorganisationen

- Bürgerstiftung Zukunftsfähiges München
www.bszm.de
- GERMANWATCH e.V., Bonn/Berlin
www.germanwatch.org
- GRÜNE LIGA e.V.
www.grueneliga.de
- KATE e.V., Stuttgart
www.kate-stuttgart.org
- Klima-Bündnis
www.klimabuendnis.org
- KölnAgenda e.V.
www.koelnagenda.de

Partner der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

- BMZ- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung - www.bmz.de
- Land Bayern
www.bayern-ez-plattform.de
- Land Berlin
www.agenda21berlin.de
- Land Bremen
www.bremen.de/web/owa/einrichtung?pi_id=108063
- Land Hamburg
www.ewnw-hamburg.de
- Land Mecklenburg-Vorpommern
www.um.mv-regierung.de/agenda21/index_flash_main.htm
- Land Nordrhein-Westfalen
www.agenda21nrw.de/frm/21nrw/21nrw.htm
- Land Rheinland-Pfalz
www.umdenden.de/akademie/index,id,45.cw
- Land Saarland
www.saarbruecken.de/sbnet/05/agenda21/agenda21.html
- Land Sachsen-Anhalt
www.kosa21.de
- Stadt Bonn
www.bonn.de

Das Forum Umwelt & Entwicklung

Für Umwelt & Entwicklung - Der Erdgipfel von Rio

Im Jahr 1992 erlebte die Menschheit mit dem UN-Gipfel für Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro die größte Konferenz der Geschichte. Dort wollten die Teilnehmerstaaten aus Nord und Süd ihre bisherige zerstörerische Lebensweise überdenken, um gemeinsam die Voraussetzungen für eine lebenswerte Zukunft zu schaffen.

Bereits im Vorfeld der Konferenz hatten sich Nichtregierungsorganisationen, Wissenschaftler und andere gesellschaftliche Gruppen zusammengeschlossen. Sie wollten durch konstruktive Mitarbeit Widerstände gegen tatsächliche Fortschritte überwinden helfen und verbindliche Verhandlungsziele einfordern.

Das Forum Umwelt & Entwicklung

Ein halbes Jahr nach Rio - am 16. Dezember 1992 gründeten 35 Verbände das *Forum Umwelt & Entwicklung deutscher Nichtregierungsorganisationen*, um gemeinsam die Ergebnisse von Rio umzusetzen und

- weltweit zum Abbau von Armut beizutragen
- die Schöpfung zu bewahren
- national und international auf die Einhaltung der Beschlüsse von Rio, vor allem der Agenda 21 zu drängen
- in Arbeitsgruppen eigene Standpunkte zu entwickeln
- Informations- und Bildungsarbeit zu koordinieren
- Parlament und Regierung in ihrer Verantwortung und inhaltlich zu fordern
- für internationale Kontakte als deutscher Partner zur Verfügung zu stehen und
- die Beteiligungsmöglichkeit für Nichtregierungsvertreter in den UN-Organen wahrzunehmen.

Die Arbeitsgruppen des Forum Umwelt & Entwicklung treffen sich regelmäßig, um neue Schritte und Strategien zu erarbeiten. Die Koordination und Information nach innen und außen übernimmt die Projektstelle Umwelt & Entwicklung.

Die Projektstelle des Forums Umwelt & Entwicklung

Sie erfüllt eine Vielzahl von Funktionen: Die Projektstelle ist Sprachrohr und Umschlagplatz für gemeinsam erarbeitete Positionen der beteiligten Verbände. Darüber hinaus unterhält sie Kontakte zu entsprechenden Organisationen in Entwicklungsländern. Ihre Aktivitäten

stimmt sie auch mit internationalen Verbänden ab. Zudem begleitet sie die fortlaufenden Arbeiten zu Umwelt und Entwicklung im Rio Folgeprozeß auf UN-Ebene.

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) sowie das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) fördern die Projektstelle finanziell. Träger sind der Deutsche Naturschutzring e.V. (DNR) und der Verband entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO).

Die Arbeitsgruppen des Forums Umwelt & Entwicklung

In der Politik neue Maßstäbe zu setzen ist eine der Hauptaufgaben des Forums Umwelt & Entwicklung. Dazu entwerfen die derzeit neun Arbeitsgruppen und zwei Arbeitskreise gemeinsame Standpunkte und Strategien. Thematische Schwerpunkte sind:

- Biologische Vielfalt
- Desertifikation
- Frauen
- Habitatinitiative Deutschland
- Handel
- Klima
- Landwirtschaft und Ernährung
- Lebensweise
- Lokale Agenda 21
- Wälder
- Wasser sowie
- Tourismus und Meere.

In den Arbeitsgruppen können sich alle im Forum zusammengeschlossenen Organisationen beteiligen. Durch die große fachliche Kompetenz und ihre interdisziplinäre Besetzung finden sie zunehmend Beachtung bei Medien, Ministerien und Institutionen. Ihre Analysen und Empfehlungen werden in Zusammenarbeit mit der Projektstelle veröffentlicht.

Weitere Informationen über das Forum Umwelt & Entwicklung deutscher Nichtregierungsorganisationen Erhalten Sie beim:

Forum Umwelt & Entwicklung

Am Michaelshof 8-10 D – 53177 Bonn
Telefon: 0228-359704
Fax: 0228-92399356
E-mail: info@forumue.de
Internet: <http://www.forumue.de>



Servicestelle - Kommunen in der einen Welt

Eine Welt beginnt vor Ort –

Kommunen sind der Prüfstein für

Modelle zukunftsfähiger Entwicklung.

Nutzenargumente:

- *Vor Ort erleben wir die Vielfalt der Nationen und Kulturen direkt –*
Kommunen befördern die interkulturelle Neugier ihrer Bürgerinnen und Bürger. Die Kriminalitätsrate sinkt und die Bereitschaft zur Toleranz und sozialem Zusammenwachsen steigt.
- *Die aktive Bürgerkommune braucht neue Beteiligungsformen –*
Die vielfältigen Kontakte in die Eine Welt ermöglichen neue Lerngemeinschaften für konkrete kommunale Probleme bei allen Beteiligten. Sie erweitern die Lösungskompetenz von Bürgern und Verwaltung.
- *Allein wirtschaftliche Globalisierung schafft keine Sicherheit und Identität –*
Kommunen leisten Beiträge für global gerechtere Wirtschaften in der Stärkung des regionalen Handels und des fairen Einkaufens von Produkten, die in unseren Breiten nicht wachsen: Kaffee, Tee, Kakao, Bananen, Gewürze. Das schafft mehr Lebensqualität hier und behebt Fluchtursachen in den Ländern des Südens.
- *Ein neues Wir-Gefühl entwickelt sich –*
Es sind die Menschen, die in ihren Kommunen konkrete Beiträge für eine global gerechtere Entwicklung leisten: In Städtepartnerschaften und Projektkooperationen, im Klimabündnis oder der Unterstützung fairer Handelsstrukturen. So entsteht ein globales Netz kommunaler Akteure.

Unsere Serviceleistungen:

Information –

- internetgestützter Informationspool, Links, Veranstaltungshinweise, interaktive Diskussionsforen
- Eine-Welt-Nachrichten per E-Mail
- Datenbank zu guten Beispielen aus Kommunen
- Ratgeber Finanzierungshilfen (EU, Bund, Länder, Stiftungen etc.)
- Argumentationshilfen für die Kommunalpolitik
- Öffentlichkeits- und Pressearbeit zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit

Beratung –

- Telefonische Auskunft und Beratung vor Ort (mit Partnern)
- Beratung im Projektmanagement und Kampagnengestaltung
- Vermittlung von ExpertInnen, ReferentInnen und ModeratorInnen
- Förderung internationaler Agenda-Partnerschaften

Qualifizierung –

- Fortbildung für Kommunalverwaltungen und Agenda-Aktive
- Workshops und Fachgespräche zu Eine-Welt-Themen und -Kampagnen
- Multiplikatoren-Schulung für ehren- und hauptamtliche MitarbeiterInnen
- Moderatorentaining mit erfahrenen Agenda-MediatorInnen

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

InWEnt - Internationale Weiterbildung
und Entwicklung gGmbH

Tulpenfeld 6

53113 Bonn

Telefon: +49-(0)228/2434-630

Fax: +49-(0)228/2434-635

E-Mail: info@service-eine-welt.de

Internet: www.service-eine-welt.de

www.inwent.org



Unterzeichner der Kampagne:



Agenda 21 Stralsund / Allerweltsladen / Arbeitsgemeinschaft Alternativ Handeln / Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft / Arbeitskreis der Herneburger UmweltpädagogInnen / ASA Programm / autofrei leben! / Baobab Infoladen Eine Welt / Bundesverband für Umweltberatung / Bürgerstiftung zukunftsfähiges München / Christoffel-Blindenmission / Connecting Worlds / Die Umwelt- Akademie / Earthlink / Eine Welt Forum Siegen-Wittenstein / Energie gewinnt! / Förderkreis Umweltschutz in Unterfranken / Indienhilfe / Informationszentrum 3. Welt Minden / Initiative Solidarische Welt / Initiative 2000 plus / Institut für Interkulturelle Arbeit, Technik und Gesellschaft / Institut für Kirche und Gesellschaft / Institut für Ökologie und Aktions-Ethnologie / Katalyse / Kinderhilfswerk PLAN / Kirchenkreis Hersfeld Arbeits- und Koordinierungsstelle Praktische Schritte für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung / Klima-Bündnis-Agentur Nord / Naturfreundejugend Deutschlands / NaturwissenschaftlerInnen Initiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit / Nord-Süd-Forum Bremerhaven / Nord-Süd-Forum München / Offene Arbeit Erfurt / Ökumenischer Arbeitskreis Eine Welt Filderstadt / Ökumenische Gesellschaft / Pestizid-Aktions-Netzwerk Germany / Peter-Hesse-Stiftung – Solidarität in Partnerschaft für eine Welt / "Twende Pamoja" - Freundeskreis Tanzania / ufafabrik - Internationales Kulturzentrum / Umweltberatung Nordost / UnternehmensGrün / Urgewald / Verein Niedersächsischer Bildungsinitiativen / Verein zum Schutz der Bergwelt / Welt Ethik Forum / Weltfriedensdienst / Welthaus Bielefeld / World Vision Deutschland / Zentrum für Entwicklungsbezogene Bildung der Ev. Landeskirche in Württemberg / Zukunftsfähiges Bonn / Zukunftsrat Hamburg

Kontakt: Forum Umwelt & Entwicklung
Am Michaelshof 8-10 · 53177 Bonn
Tel.: 02 28 - 35 97 04 · Fax: 02 28 - 92 39 93 56
E-Mail: info@forumue.de · www.forumue.de

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
InWEnt - Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH
Tulpenfeld 6 · 53113 Bonn
Tel.: +49-(0)2 28 - 24 34-630 · Fax: +49-(0)2 28 - 24 34-635
E-Mail: info@service-eine-welt.de
www.service-eine-welt.de · www.inwent.org